

Für einen dauerhaften Frieden ist es heute notwendiger denn je, daß die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik eine konstruktive Haltung zu den Fragen der europäischen Sicherheit einnimmt.

Wenn die westdeutsche Bundesrepublik einen echten Beitrag zur Entspannung leisten will, muß sie ihre Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik normalisieren, die Unantastbarkeit aller in Europa bestehenden Grenzen, einschließlich der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten, anerkennen, die Alleinvertretungsanmaßung beenden und auf den Erwerb von Kernwaffen in jeglicher Form verzichten.

Unsere Vorschläge werden bekräftigt von den Staaten des Warschauer Vertrages und unterstützt von den kommunistischen und Arbeiterparteien. Sie legen niemandem irgendwelche Bedingungen auf, die im Widerspruch zum Völkerrecht und zum gesunden Menschenverstand stehen. Sie sind jene minimalen Voraussetzungen, die erst eine Verständigung über die Probleme unseres Kontinents und die gutnachbarliche Zusammenarbeit aller Staaten ermöglichen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mißt gerade in der gegenwärtigen gespannten Situation Nichtangriffsvereinbarungen aller europäischen Staaten untereinander einschließlich der Deutschen Demokratischen Republik, die mit der Anerkennung aller bestehenden Grenzen verbunden sein müßten, erst-rangige Bedeutung bei. Sie ist der Auffassung, daß eine solche Maßnahme durch entsprechende Vereinbarungen auf dem Gebiet der Abrüstung, insbesondere über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, untermauert werden sollte.

Wir gehen davon aus, daß beide deutsche Staaten moralisch und rechtlich zu einem besonderen Abrüstungsbeitrag verpflichtet sind. Deshalb unterbreiteten Staatsrat und Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik der Bonner Regierung den Vorschlag, vertragliche Vereinbarungen über folgende Schritte zu treffen:

- Herabsetzung der Rüstungsausgaben beider deutscher Staaten um jeweils die Hälfte,
- Verzicht beider deutscher Staaten auf Besitz, Verfügungsgewalt oder Beteiligung an der Verfügungsgewalt über Kernwaffen in jeglicher Form,